

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213

1920 Nr. 577

Bezugspreis: 100 Mark und umwandelbar bezogen monatlich 10 Mk. 1.00, vierteljährlich 28.00, halbjährlich 55.00, jährlich 100.00. Druck der Halle'schen Druckerei, Halle a. S., Postfach 1000. Fernruf 2042.

Morgenausgabe

Anzeigenpreis: Die Spalte 10 Zeilen 100 Mark, 12 Zeilen 120 Mark, 14 Zeilen 140 Mark, 16 Zeilen 160 Mark, 18 Zeilen 180 Mark, 20 Zeilen 200 Mark, 22 Zeilen 220 Mark, 24 Zeilen 240 Mark, 26 Zeilen 260 Mark, 28 Zeilen 280 Mark, 30 Zeilen 300 Mark, 32 Zeilen 320 Mark, 34 Zeilen 340 Mark, 36 Zeilen 360 Mark, 38 Zeilen 380 Mark, 40 Zeilen 400 Mark, 42 Zeilen 420 Mark, 44 Zeilen 440 Mark, 46 Zeilen 460 Mark, 48 Zeilen 480 Mark, 50 Zeilen 500 Mark, 52 Zeilen 520 Mark, 54 Zeilen 540 Mark, 56 Zeilen 560 Mark, 58 Zeilen 580 Mark, 60 Zeilen 600 Mark, 62 Zeilen 620 Mark, 64 Zeilen 640 Mark, 66 Zeilen 660 Mark, 68 Zeilen 680 Mark, 70 Zeilen 700 Mark, 72 Zeilen 720 Mark, 74 Zeilen 740 Mark, 76 Zeilen 760 Mark, 78 Zeilen 780 Mark, 80 Zeilen 800 Mark, 82 Zeilen 820 Mark, 84 Zeilen 840 Mark, 86 Zeilen 860 Mark, 88 Zeilen 880 Mark, 90 Zeilen 900 Mark, 92 Zeilen 920 Mark, 94 Zeilen 940 Mark, 96 Zeilen 960 Mark, 98 Zeilen 980 Mark, 100 Zeilen 1000 Mark.

Freitag, 24. Dezember

Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Str. 80, Fernruf Amt Kurant 11 6290, Große Berliner Schriftstatten - Dring a. Dr. von Otto Ubele, Halle-Saal

Eine Ententebeschwerde

Um die Ausgleichszahlungen

(Eigener Zeitbericht von H. S.)
w. Berlin, 23. Dezember.

Offener ist im Auswärtigen Amt vom französischen Vertreter eine Note der französischen Regierung überreicht worden, in der Beschwerde über die Einstellung der deutschen Ausgleichszahlung erhoben und die Einstellung als Verletzung des Friedensvertrages bezeichnet wird. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß sich die Reichsregierung bei ihrer Entscheidung auf eine Zustimmung des Friedensvertrages stütze. Artikel 251 gibt Deutschland das Recht, einen Fonds der für die Verwertung von Lebensmitteln notwendigen Kosten vor den Leistungen des Friedensvertrages in Anspruch zu nehmen.

Rückgabe deutscher Schiffe?

* Brüssel, 23. Dezember.

Neuer die Schiffsbesitzungsfrage in Brüssel ist folgendes: Es scheint sich jetzt eine ausgemachte Sache zu sein, daß der größte Teil der deutschen Entschädigung in natura geliefert wird, doch besteht die Forderung, daß wie die 50000 Tonnen deutsche Schiffstonnage, welche nach in Südamerika liegt, zurückgegeben werden.

Während des Besprechens am gestrigen Mittag zwischen den Delegierten der „Times“ den Deutschen nochmals einen Schreien einzuzeigen, indem dieses Blatt die Mitteilung machte, die Alliierten hätten die Übergabe der deutschen Entschädigung festgelegt. Danach sollte, wie schon gemeldet, Deutschland während 4 Jahre jährlich 3 Milliarden Goldmark zahlen, die in halbjährlichen Raten zu leisten wären. Von 1925 bis 30 sollte die Summe um 2 Milliarden und von 1930 bis 31 um 1 Milliarde erhöht werden, so daß man zu einem Gesamtwert von 200 Milliarden Goldmark käme. Doch hielt man diese Mitteilung der „Times“ allgemein für einen Schreckhauch.

Erklärung der Deutschenationalen Volkspartei

Zur Lehrerbildung

Der Beschlussesatz ist beendet. Das Lehrerdienstentgeltgesetz ist angenommen. Für die Beschlüsse des Lehrers der der Deutschenationalen Volkspartei in ihren Organen- und Ausschüssen als maßgebend festgelegt, so daß damit dem 23. Ausschuss die Hände gebunden waren.

Das in der Ausschussung einflussreiche angesehene fünfjährige Diakonial mußte im letzten Augenblick in ein lebenslanges umgewandelt werden, weil die Regierung ein füreres für unannehmbar erklärte. Um das Gesetz nicht zu Fall zu bringen, mußte der 23. Ausschuss das lebenslange Diakonial anerkennen. Es blieben aber für die Jung-Lehrer die Gehaltsfrage der Staatsanwärter 4340, 4450, 5270, 5580 und dreimal 5890 Mark.

Das höchste Gehaltssteigerungs erhalten wohl die Alliierten. Es werden den Kaufmannschaften gleichgestellt.

Alle Parteien versicherten, im Plenum zum Gesetz zu sprechen. Nur das Zentrum gab eine Erklärung über eldliche Paragrafen ab. Auch die Deutschenationalen Volkspartei sah sich genötigt, folgendes zu erklären:

Die Deutschenationalen Volkspartei weicht in mehreren wesentlichen Punkten von dem Gelehrten ab. Da aber das Interesse der Lehrer notwendigen Lehrer eine Abhilfe dringend verlangt, sieht sich die Deutschenationale Volkspartei veranlaßt, unter Wahrung ihres prinzipiellen Standpunktes namentlich in Bezug auf die Landlehrer auf die Vorlegung ihrer Beschlüsse in dieser Stunde zu verzichten und im Interesse der beschleunigten Verabschiedung des Entwurfes ihm als Ganzem zuzustimmen. Gegen den § 51 hat die Deutschenationalen Volkspartei ebenso wie das Zentrum gewichtige Bedenken. Die wesentlichen Punkte, in denen die Deutschenationalen Volkspartei außer dem § 51 vom Gelehrten abweicht, sind folgende: Die Deutschenationalen Volkspartei hat als Mindestforderung von der Bundesversammlung einen gerechten Schlußausgleich für die Gemeinden erwartet. Sie gegen unteren Willen im Gesetz festgesetzte Bundeszuschüsse erfüllt diese Forderung nicht. Deshalb lehnt die Deutschenationalen Volkspartei die weiter bestehende ungleiche Schulabteilung jede Veranwortung ab.

Es ist für die Deutschenationalen Volkspartei unerträglich, daß nach dem Gesetz ein Teil der Gemeinden den Staatszuschuß (das Zentralverhältnis) nur für 60 Schulkindern erhalten, während derselbe bei anderen Gemeinden schon bei 100 Schülern erlaubt wird.

Es befähigt sich, daß man Deutschland wohlwollend beratschlagen will, eine Anleihe aufzunehmen, deren Ergebnis für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete zu verwenden wäre. Für den Finanzdienst dieser Anleihe würde Deutschland Garantien zu übernehmen haben.

Als gestern unsere Delegierten abgereist waren, verammelten sich die alliierten Delegierten zu einer Aussprache über den Rapport, den sie ihren Regierungen abstatten. Zu einem Vertreter des Pariser „Temps“ äußerte sich Herr Senobour, daß die deutschen Vertreter in Brüssel den besten Willen an den Tag gelegt und den besten Eindruck gemacht hätten. Sie haben gezeigt, daß sie Resultate erzielen wollen. Die französischen Delegierten hätten die Institution, dem deutschen Belangen möglichst entgegenzukommen, sich dabei aber nicht an den Versailles Vertrag zu halten.

Zum Schluß muß noch erwähnt werden, daß nach Mitteilung der meisten alliierten Delegierten die künftige große Finanzkonferenz von Genf nur eine bloße Formache sein werde, wichtig auch ganz weggelassen werde, weil die Hauptarbeit doch von dieser Konferenz geleistet wird.

Die Zwangsanleihe verragt

Wie unser Berliner Vertreter aus dem Reichsfinanzministerium erklärt, bezieht vorläufig nicht die Absicht, der Frage der Erhebung einer Zwangsanleihe näher zu treten. In Regierungskreisen hat man sich entschieden, vorläufig von einer Zwangsanleihe überhaupt Abstand zu nehmen, aber es ist in Aussicht genommen worden, nach Ablauf von sechs Monaten die Frage noch einmal in Erwägung zu ziehen. Sollte die beschleunigte Erhebung eines Teiles des Reichsnotens nicht das erwünschte Ergebnis haben, so würde im Mai 1921 die Notwendigkeit entstehen, die Erhebung einer Zwangsanleihe sehr ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Es bedauert deshalb die Ablehnung ihres Antrages, welcher Festlegung einer Klassennormalschul durch Verordnung forderte, weil nur sie es ermöglichte, den Mißbrauch der Zahl 40 zu beilegen und allen Schulverbänden für eine gleiche Normalhörschulzahl das Schulungsgeld zusammen zu lassen.

Die Deutschenationalen Volkspartei behauptet es aufsteifte, daß die neue Beschlussesatzordnung den alleinstehenden und ersten Lehrern keine Gehaltsaufschlagung zuzugabe gebracht hat. Diese war notwendig, um den einflussigen und wenig gegliederten Schulen zu ihrer Bedienung einen erfahrenen und lehrfähigen Lehrkörper zu geben. Es war auch leicht zu bedenken aus dem der Staatsregierung zur Verfügung stehenden Fonds des zurückbehaltenden Beschlussesgeldes von den Landhülfskindern, die in der Schule die Zahl 60 übersteigen.

Die Verantwortung der Ablehnung der Gehaltsaufschlagung trägt in erster Linie das Unannehmbar des sozialdemokratischen Kultusministeriums, welches sonst immer in großen Tönen von der Gehalt der Landhülfskinder sprach. Aber Versprechen und Sollen darf von einer sozialdemokratischen Regierung nicht erwartet werden.

Selbst drei Wirtschaftsvverbände: der Landbund, Bund der Landwirte und der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrt und Heimatpflege, hatten sich für die alleinstehenden und ersten Lehrer verwendet und das Kultusministerium bringend um eine höhere Entlohnung derselben gebeten. Auch diese Viten blieben wirkungslos. Freilich, diese Viten kamen in nur von bisserlichen Verbänden. Für diese hat ein Kultusministerium keine Dienen mehr. Das müßte schon eine sozialdemokratische Gewerkschaft sein. Aber gerade die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder waren es ja, die den von den Deutschenationalen zuerst gestellten Antrag mit der Forderung einer Gehaltsaufschlagung aufs Höchstmögliche bekämpften. Ein sozialdemokratisches Ausschussmitglied stellte sogar die Behauptung auf, daß ein Landlehrer von einem Morgen über einen Meinenann von mindestens 900 Mark herauswirklichen könnte. Da wäre eine Gehaltsaufschlagung von überlicher.

Die sozialdemokratische Staatsregierung hat mit ihrer Ablehnung der Gehaltsaufschlagung der Landhülfskinder den allerhöchsten Dienst erwiesen. Die Deutschenationalen Volkspartei bricht deshalb der Staatsregierung ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß sie in der Lehrerdienstentgeltgesetz nicht für eine entsprechende Gehaltsaufschlagung für Lehrer an einflussigen und der Lehrer an wenig gegliederten Schulen als Entschädigung für ihre durch die Art der Schulorganisation bedingte Mehrarbeit gestutzt hat.

Das Beispiel Griechenlands

Von H. v. W. S. S. S.

Neber König Konstantin hat sich bereits eine Legende gebildet. Sie entstand während des Krieges aus der uns Deutschen so natürlichen menschlichen Anteilnahme an dem Schicksal dieses Monarchen und des ihm treu anhängenden Volkes, als Griechenland von der Entente in nichtswürdiger Weise drangaliert und der König zuletzt zum Verlassen des Landes gezwungen wurde. Es lag im Interesse der Entente, den König als geheimen Verbündeten Deutschlands hinzustellen, um den Druck zu reduzieren und zu verlasten, den man im entgegengeleiteten Sinne auf Griechenland ausüben wollte. So schienen die Umstände darzutun, daß das griechische Volk und sein König - wie man geradezu sagen möchte - um Deutschlands willen zu leiden hatten. Doch ein Eindruck dieser Art auf unser Volk, das ohnehin die Dinge gern von der Gemütsseite erblickt, eine außerordentliche Wirkung ausüben mußte, kann nicht Wunder nehmen. Die Angehörigen der Entente suchten mit größter Eile die Wirkung zu vertreiben. So wird der warme Anteil an die freudige Genugtuung begreiflich, womit die Reichsregierung dem König Konstantin aus der Thron allgemein in Deutschland begrüßt wird. Diese Stimmung gereicht unserem Volke zur Ehre und entspricht einer wohlverdienten Aufspaltung.

Aber die in der harten Wirklichkeit arbeitende Politik kann ihre Beweggründe nicht aus einem Schach von Gemütswerten entnehmen. Sie muß den Dingen mit sachlicher Mäßigkeit auf den Grund gehen. Man braucht in unserem Falle die freundliche und sympathische Stimmung, die in dieser Stunde herrscht, durchaus nicht zu verwirren, aber es wird doch nötig sein, die Dinge etwas zurückzuführen, um kein Urteil mit der Wirklichkeit in Unvereinbarung zu bringen. Nicht zu zweifeln ist daran, daß König Konstantin persönlich ein aufrichtiger Freund des Deutschlands ist; dafür bürgen die zahlreichen Besichtigungen, die er in Deutschland gewonnen hat; seine Ehe, seine Dienstzeit im deutschen Meer und nach mancherlei anderem, was auf einen Mann von fast ausschließlich deutschem Blut kaum anders wirken konnte. Auch die griechische Nation ist reich an Männern, die Deutschland kennen und zu schätzen wissen, die bei uns den Grund zu wertvollem Wissen und Wohlstand gelegt haben und es denselben anerkennen, es mit liebevoller und beglückter Pflege und Förderung der höchsten und schönsten Lieberleistungen des Christentums gerade in Deutschland gefunden haben. Der deutsche Gelehrte und der deutsche Kaufmann sind gesehene Leute in Griechenland.

Trotzdem ist es fraglich, ob aus allen diesen Beziehungen auch die politische Freundschaft Griechenlands mit dem Deutschen Reich zu folgern ist. Dafür kommt eine ganz andere Interessensreihe in Betracht und gibt den Ausschlag. Es sind vornehmlich geschäftliche Beziehungen und Lieberleistungen, die auf die Verbindung mit Frankreich hinwirken und sie es man die ersten Ergebnisse der Kriegszeit machte, sehr volkstümlich erscheinen ließen. So kam die Stellung heraus, die wir einmal vor Jahren ein Griechisch mit folgenden Worten umschrieb: „Wir schätzen das deutsche Volk, soweit wir es kennen, sehr hoch; aber solange Deutschland der Verbündete Österreich-Ungarns und der Freund der Türkei ist, gehören wir in der politischen Gruppiierung auf die andere Seite.“ Auf die weitere Frage, was denn eigentlich Österreich-Ungarn den Griechen getan habe, sagte derselbe Mann, das hätte mit den Beziehungen zu den anderen Balkanstaaten aufzukommen; Griechenland zu den anderen Balkanstaaten aufzukommen; Griechenland sollte sich wohl mit Serbien verständigen, aber niemals mit Bulgarien. Das war lange Jahre vor den Balkankriegen, die dem Balkan voraufragten. Es ist daraus zu sehen, wie fest die Gruppiierung, die nachher der Balkan verwickelte, bereits im Bewusstsein des griechischen Volkes stand.

Hiernach wird man in Wahrheit die Stellung des Königs von Griechenland während des Krieges beurteilen müssen. Es ist niemals davon die Rede gewesen, daß Griechenland an die Seite der Mittelmächte treten sollte. Der König wollte seinen Lande, das in den Balkankriegen schon immer Opfer gebracht hatte, die Beteiligung an dem großen Kriege möglichst ganz und gar erparten. Es war ihm ersichtlich darum zu tun, seine Neutralität zu bewahren. Die Entente wollte ihn zwingen, die Neutralität aufzugeben; dagegen hatte er sich zu wehren. So erdient er als Gegner der Entente und als Freund der Zentralmächte, obwohl seine politische Absicht gar nicht nach dieser Seite ging. Er hat für sich bekannt, daß er im Fall des Eintretens in den Krieg auf die Seite der Entente hätte treten müssen. Das ist ein natürliches von dem deutlichen Bewußtseinpunkt hergerufen. Die Neutralität konnte aber niemand überwinden, der die Verhältnisse etwas näher kannte. Der König kann nicht der Grund oder Schuld einer fremden Völker sein und das in seiner Politik liegt. Er ist seinem eigenen Volke dafür verantwortlich, daß er ohne Rücksicht auf den politischen Neigung nur das Interesse des Landes wahrnimmt. Von König Friedrich Wilhelm dem Ersten von Preußen ist eine ähnliche Geschichte überliefert, deren Quelle ich leider

